

# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Wolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dabberbrück, Rönshöl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Wolme, Eilendscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 249

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich an Postämtern abgeholt 4,50 Mk. durch die Boten 5,40, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 5,40 Mark.

Halver  
Freitag, den 24. Oktober.

Anzeigen: Für die einseitige Beilage oder deren Raum 35 Hg. Reklamezeile 75 Hg. bei Aufnahme in unseren ständigen Leserkreis. — Jede Rubrikveränderung wird einzeln bei zweigewählter Beilage der Beilage.

20. Jahrgang

### Seine Meinung zur einzigen Leiter.

\* Die Reichsregierung hat nunmehr die offizielle Mitteilung erhalten, daß die Vertreter der deutschen Arbeiter an der Arbeiterkonferenz in Washington mit gleichen Rechten teilnehmen können.

\* Eine vom Deutschen Eisenbahnerverband in Frankfurt a. M. veranstaltete Versammlung von Eisenbahnern nahm in einer Entschließung die bekannten Beschlüsse über den Rücktritt des Präsidenten Stauff und anderer hoher Beamten an.

\* General Dupont, Chef der französischen Militärkommission in Berlin, wird Vorsitzender der Kommission zur Beilegung der deutsch-polnischen Grenze.

\* Der Oberste alliierte Rat in Paris bereitet die Einberufung des Rates des Völkerbundes sofort nach Ratifizierung des Friedensvertrages nach Paris vor.

\* Im Baltikum kam es zwischen den deutschen Truppen des Generals v. Eberhard und den Litauern zu einem Gefecht. Einzelheiten fehlen.

\* In ganz Italien ist wegen der Gefahr eines Krieges mit Polen der Belagerungszustand verhängt worden.

\* Die italienischen Truppen haben Cattaro, das die Flottenbasis der Südslaven werden soll, geräumt.

## Vom Untersuchungsausschuß.

(Zweiter Tag)

### Im Saal des Reichstags.

Drei Treppen hoch ein Saal, der wenig mehr als hundert Personen notdürftig Unterkunft bietet. Zwei riesige Vogenfenster an den beiden Straßenseiten erhellen den Raum, an dessen einer Wand ein melancholisch stimmendes Bild hängt: Mollat vor einer Budgetkommission eines alten Reichstags eine Militärvorlage begründend. Die ausgleichende Gerechtigkeit der Abgeordneten hat als Gegenbild eine halblebende Bronzestatue Eugen Richters in eine Ecke platziert; sie ist mehr gut gemeint als schön.

Dieser Raum mit seiner quadratischen Grundfläche ist überfüllt. Kopf an Kopf Abgeordnete, Würdenträger des alten und neuen Systems, Presseleute, ein wenig — sehr wenig Publikum. Der lange Tisch vor dem einen Fenster, an dem die untersuchungsführenden Abgeordneten sitzen, die Tische der geladenen Sachverständigen und der eingeladenen hohen Beamten von früher, der der Stenographen, des Zeugen Graf Bernstorff, die der Presse stöhnen fast aneinander; Stuhl rührt an Stuhl. Kein sehr bequemer, auch kein sehr würdiger Aufenthalt. Sollte man noch vierzehn Tage, eine Woche gewartet, dann hätte man den Sitzungssaal des Herrenhauses zur Verfügung gehabt. Aber ein Teil der Abgeordneten konnte es durchaus nicht erwarten, daß der Blick der Öffentlichkeit, Deutschlands, der Welt auf ihnen ruhen sollte. Sie haben im Schoße des Ausschusses abgefeuert.

Am langen Quertische in der Mitte, blond, eher unterseht als groß, blühender Gesichtsfarbe der Verhandlungsleiter, der deutsch-nationale Abg. Warmuth, in seinem bürgerlichen Beruf Landgerichtsdirektor und von ihm eine überlegene Ruhe in die Verhandlungsführung mitbringend, ohne die es schwer anzuwohnen. Denn einem Teil der untersuchenden Abgeordneten harkte nur zu sehr die Gewohnheiten des Rechtsanwaltes mit großer Strafprozesspraxis an. Dr. Cohn von den Unabhängigen, Dr. Singheim von den Mehrheitssozialisten, sie fassen zu, schleudern dem jungen Grafen Bernstorff Fragen hin, die dieser beim besten Willen, nicht aus eigener Kenntnis beantworten kann. Fragen über Berliner Interna, über die Stellung der Obersten Seeresleitung zu unseren Friedensschritten. Es ist schwer zu entscheiden, ob jene der Eifer des Gefechts, ob sie vorgefaßte Meinung hürst.

Der Zeuge Graf Bernstorff, sehr bürgerlich und gar nicht so aussehend, wie Grafen in Lustspielen und Romanen dargestellt zu sein pflegen, hat demgegenüber einen schweren Stand; daß er ein wenig schwermütig ist, erleichtert ihm den auch nicht. Von einer andern Seite her machen ihm die Fragen der sachverständigen Historiker zu schaffen, die des Professors Bonn, des alten Geheimrats Dietrich Schäfer. Sie schürfen tiefer; gelegentlich hat man den Eindruck: tiefer, als der Diplomat je mit seinen Gedanken ergangen gedungen ist.

Zur Seite an dem Tisch der Eingeladenen der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg. Er ist sehr stark gealtert, seit man ihn zuletzt öffentlich sah; die Seiten von unzähligen Runzeln zerfurcht. Neben ihm rechts das frische, schmelzende Gesicht des früheren Reichskanzlers des Auswärtigen Zimmermann, links das scharfgeschnittene Gesicht Dr. Helfferichs. Die drei sind vielleicht die aufrichtigsten Buhörer im Saal; sie lauschen gespannt, sie machen sich Notizen; auch sie werden ja unter Eid vernommen werden.

Im Hintergrunde überall die Männer, die heute voran sind. Minister David, Reichswehrminister Noske, Präsident Fehrenbach. Viele, viele. Ein ständiges Kommen und Gehen. Alle aber voll höchster Aufmerksamkeit, alle sich beherrschend, wenn irgend eine unerwartete Befragung Bernstorffs ein neues Licht auf diese alten Dinge wirft, dann geht ein unterdrücktes Ritzern der Spannung durch die Anwesenden. Denn wenn hier eine Unternehmung geführt wird darüber, ob Friedensmöglichkeiten veräußert wurden, so wird damit ja zugleich über die Politik aller Parteien, aller Staatsmänner Deutschlands, wenn nicht zu Gericht gelessen, so doch Urteils-material beigebracht.

### Verhandlungsbericht.

Zu der heutigen Sitzung war am Benachteiligten neben dem früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem früheren Vizekanzler Helfferich auch der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann erschienen. Wie der Vorsitzende mitteilte, wird die nächste Sitzung voraussichtlich im Herrenhaussaal abgehalten werden. Die

### Befragung des Grafen Bernstorff

bringt zunächst auf eine Anregung die Befragung des Grafen, daß vom Tage der Verfertigung der „Lusitania“ an bis zur Verfertigung der „Susser“ in Amerika niemals ein Augenblick gewesen sei, in dem keine deutsch-amerikanische Streitfrage bestand. Jedesmal, wenn wir glaubten, irgend etwas erreicht zu haben, geschah wieder eine Verfertigung oder etwas anderes, was alle Verhandlungen illusorisch machte. Während dieser Zeit hatte sich

der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt.

Hätte Wilson diesen Handel gestört, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Darum lehnte es Wilson auch immer ab, die bewaffneten Handelschiffe aus den amerikanischen Häfen fernzubehalten. Auf Fragen der Sachverständigen Professor Schäfer und Professor Dr. Goettlich bestätigte Graf Bernstorff, daß zunächst gerade Belgien wegen der öffentlichen Meinung in Amerika gegen Deutschland aufgebracht gewesen wäre. Bei der Friedensvermittlung hätte man unter allen Umständen die volle Wiederherstellung Belgiens verlangt. Der Vorsitzende Warmuth fragt, ob Wilson positiv eine Wiederherstellung Belgiens verlangt hätte. Graf Bernstorff erwidert, eine

Erklärung, daß Deutschland Belgien nicht annectieren wolle, hätte genügt, um Wilson zum Beginn der Friedensverhandlungen zu veranlassen. Abg. Dr. Schilling fragte, durch welche anderen Umstände außer dem U-Boot-Krieg und der Deportation der Belgier die amerikanische Stimmung gegen uns beeinflusst worden sei. Graf Bernstorff erwiderte, daß es sich da um die sogenannten deutschen Verleumdungen gehandelt habe. Auf die Frage des Abg. Dr. Cohn, welcher Art diese Verleumdungen gewesen wären, erwiderte Graf Bernstorff, daß nach seiner Auffassung Verleumdungen nicht bestanden hätten. Aber einzelne vorgekommene Handlungen waren tatsächlich mit den Gehehen der Vereinigten Staaten nicht in Einklang zu bringen. Abg. Dr. Schilling fragte, ob diese Verleumdungen gemeine Verbrechen mit politischen Motiven dargestellt hätten. Graf Bernstorff erwiderte, daß die Verurteilung erst erfolgte, nachdem er die Vereinigten Staaten verlassen hatte. Es handle sich um die beiden deutschen Konsole und den Herrn Rinteln. Inwiefern diese Herren überführt worden seien oder nicht, wisse er nicht, nur sollten einige Sabotage getrieben haben. Graf Bernstorff bestätigte, daß der deutsche Marine- und Militär-Attaché auf Grund solcher Angaben abberufen werden mußte. Weiterhin war die Rede von der

### Tätigkeit deutscher Agenten,

und Graf Bernstorff nannte als einen solchen den Kapitänleutnant Rinteln, der sich auch an ihn herangemacht habe. Auf mehrmalige Anträge in Berlin erhielt Graf Bernstorff schließlich ein Telegramm des Staatssekretärs v. Jagow, wonach er die Agentenschaft Rintelns kategorisch dementieren sollte. Auf Anfrage des Abg. Gothein erklärte Graf Bernstorff, daß er auch heute noch nicht die Aufgabe Rintelns kenne. Er könne unter keinem Eide sagen, daß er nicht wisse, ob jemals Fälle von Sabotage vorgekommen seien, wie es in Amerika allerdings behauptet worden wäre, wie zum Beispiel Bombenlegen auf Handelschiffen aller Nationen und Industriesprengen von Munitionsfabriken. Auf die Frage des Vorsitzenden Warmuth erklärte Graf Bernstorff positiv, daß das Auswärtige Amt sicher nicht hinter solcher Sabotage gestanden hätte. Auf Anfrage Dr. Singheimers teilte Graf Bernstorff mit, nach anfänglicher Weigerung habe ihm die amerikanische Regierung gesagt, es hätte sich nachweisen lassen, daß Rinteln

eine halbe Million Dollar von dem deutschen Marine-Attaché Boy-Ed

erhalten habe. Auf die offiziellen Beziehungen der amerikanischen Regierung zu Deutschland und insbesondere auf die persönlichen Beziehungen amerikanischer Regierungskreise zu dem Grafen Bernstorff haben diese angeblichen Verleumdungen zunächst gar keinen Einfluss geübt. Auf Anfrage von Professor Bonn erklärte Graf Bernstorff, daß, als Staatssekretär Lansing von ihm die Abberufung des deutschen Militär- und Marine-Attachés verlangte, er sofort ihn fragte, ob auch er durch die Tätigkeit dieser beiden Herren kompromittiert sei. Wenn die amerikanische Regierung dies glaubte, würde er sofort seine Abberufung beantragen. Damals hat aber Staatssekretär Lansing kategorisch geantwortet: „Sie sind in keiner Weise an dieser Angelegenheit beteiligt.“ Er würde es außerordentlich bedauern, wenn Graf Bernstorff Washington verließ, da er mit allen wichtigen Verbänden vertraut wäre. Diese Äußerung Lansing habe Oberst Soule zwei Tage später in noch schärferer Form ihm gegenüber wiederholt.

Auf Befragung durch den Abg. Gothein bezeichnet Graf Bernstorff die Stellung der Militärattachés als ziemlich selbständig. Wilsons Klagen an den Kongress über verbrecherische Umtriebe hätten sich nur auf Deutsch-Amerikaner, nicht auf Reichsdeutsche bezogen. — Abg. Dr. Singheimer: Sie sagten gestern, daß in amerikanischen Regierungskreisen das Friedensangebot vom 12. Dezember als

### Zeichen der Schwäche

gedeutet worden ist. Haben Sie damals auch die Tatsache mitgeteilt, daß dieses Angebot in völliger Abrechnung mit der Obersten Seeresleitung verfaßt worden ist? — Graf Bernstorff: Mir ist das Friedensangebot telegraphisch übermittelt worden. Irrendem die Anträge waren an die Mitteilung nicht geknüpft. — Abg. Dr. Singheimer: Ich stelle auf Grund der Äußerung, daß jenes Friedensangebot in voller Abrechnung mit der Obersten Seeresleitung verfaßt worden ist, daß diese an dem Entwurf sogar Verbesserungen vorgenommen hat und daß das Angebot auch in völliger Übereinstimmung mit dem Kaiser in die Welt gegangen ist.

### Das amerikanische Friedensangebot.

Der Vorsitzende geht zu der Periode über, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt. Graf Bernstorff bemerkt, Wilson habe trotz des deutschen Friedensangebotes an der Idee der Friedensvermittlung festgehalten. Die öffentliche Meinung in Amerika hat den Schritt Wilsons absolut als pro-deutsch angesehen. Jetzt muß ich allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 28. Dezember die Absicht verfolgte, die Wilsonsche Friedensvermittlung völlig abzuschneiden. Zu dieser Auffassung bin ich vor allem durch ein Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt gekommen, worin gefragt wurde, warum ich noch von Friedensvermittlung Wilsons spräche, während eine solche Vermittlung doch gar nicht mehr bestände. Wilsons Note war absichtlich unklar und täuschend gehalten, um eine Ablehnung unmöglich zu machen. Ich kann nur wiederholen, daß nach meiner damaligen

Ansicht unsere Note vom 28. Dezember nichts an dem Verhalten unserer Regierung änderte. Heute bin ich aber anderer Auffassung. Abg. Singheimer stellt fest, daß Kernstück der Note Wilsons vom 18. Dezember die Bitte an alle Kriegsführenden ist, konkrete Friedensbedingungen mitzuteilen. In der deutschen Antwortnote wird aber diese Bitte Wilsons überhaupt nicht erwähnt, und daraufhin telegraphierte Graf Bernstorff, daß Lansing ihn nunmehr gebeten habe, ihm wenigstens vertraulich unsere Friedensbedingungen mitzuteilen. — Graf Bernstorff: Das ist richtig.

Abg. Dr. Singheimer: Staatssekretär Zimmermann erwiderte zwei Tage vor dem U-Boot-Krieg, Graf Bernstorff möge diese Frage abwarten behandeln. — Graf Bernstorff: Daraus habe ich gerade geschlossen, daß alles so bleiben sollte wie bisher. — Abg. Dr. Singheimer: In einem Telegramm des Kaisers an den Staatssekretär Zimmermann vom 16. Januar 1917 heißt es wörtlich: „Allerhöchstdieselben legen gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen.“ (Bewegung.)

Graf Bernstorff bestätigt, daß er auf Grund dieser Telegramme und später Veröffentlichungen zu der Ansicht gekommen sei, daß die Wilsonsche Friedensvermittlung von uns beiseite gelassen werden sollte. Da der Zeuge die Äußerungen des Kaisers und den Schriftwechsel mit Zimmermann nicht gekannt hat, kann er Informationen über diese Dinge und ihre Wirkungen nicht geben.

### Deutschlands damalige Friedensbedingungen

Kommen nun zur Sprache, Graf Bernstorff bekennt, Lansing habe ihm gesagt, er verleihe nicht, warum wir nicht ebensoviel forderten wie die anderen. Man könne sich dann auf der Mitte einigen. — Abg. Dr. Cohn: Wann wurden die Bedingungen vom 12. Dezember überreicht? — Graf Bernstorff: Gleichzeitig mit der Erklärung des verstorbenen U-Boot-Krieges. — Abg. Dr. Cohn: Bezog sich die Lansing'sche Erklärung über die zu möglichen Friedensbedingungen auch auf Belgien? — Graf Bernstorff: Nein. Eine amerikanische Friedensvermittlung ohne Wiederherstellung Belgiens war vollkommen ausgeschlossen. — Abg. Dr. Cohn: Ist Ihnen bei der Rückkehr nach Deutschland bekannt geworden, daß die Bedingungen, die Sie Wilson mitteilen sollten, andere waren als diejenigen, die am 12. Dezember vereinbart wurden? — Graf Bernstorff: Das höre ich heute zum ersten Male. Im übrigen hat diese Sache nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges keine Rolle mehr gespielt.

### Oberst Soule über die Ententeabsichten.

Zu der Ablehnung der Friedensangebote durch die Entente sagt Graf Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit Wilsons Vertreter in Betracht kommen, habe ich mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente als nicht ernst zu nehmen ansehe. Er hat auch ausgedrückt, die Entente habe die Absicht, uns zum rückfälligen U-Boot-Krieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen.

Auf eine Bemerkung Professor Bonns erklärte der Zeuge wiederholt, daß diese Ansicht oft in den vertraulichen Gesprächen mit Oberst Soule ausgedrückt worden ist. Nach Wilsons Wiederwahl zum Präsidenten hatte sich die Situation in Amerika wesentlich geändert. Die Stimmung der Industrie war nicht mehr so feindselig wie früher gegen einen für uns günstigen Frieden.

### Wilson's wirkliche Meinungen.

Es folgen einige Auslassungen über die Vorgänge im amerikanischen Senat und über das sog. Kreuzverhör Wilsons, bei dem es sich um die eigentliche Ursache des amerikanischen Eingreifens in den Krieg handelte. Graf Bernstorff sagt, unter seinem Eide könne er nicht sagen, was Wilson gedacht habe. Nach seiner Erinnerung lautete die Frage an Wilson: Glauben Sie, daß unsere moralische Auffassung über die deutsche Schuld am Krieg uns auch in den Krieg hineinbringen würde, wenn Deutschland nicht unsere Untertanen und unsern Handel in unrechtmäßiger Weise angegriffen hätte. Darauf hat der Präsident geantwortet: Ich hoffe es. Auf die Frage: Glauben Sie, daß wir also doch in den Krieg hineingekommen wären, selbst Deutschland sich nicht speziell gegen uns vergangen hätte, antwortete Wilson: Ich nehme es an. — Der englische Text über die Vorgänge im amerikanischen Senat sollen in der morgigen Sitzung verlesen werden.

Weiter führt Graf Bernstorff noch aus, daß Wilson einen Augenblick abwarten wollte, wo seiner der Kriegsführenden noch die Hoffnung habe, den Sieg zu erringen. Auf Befragung durch den Abg. Singheimer,

ob der gute Wille Wilsons zur Friedensvermittlung glaubhaft sei,

erwiderte Graf Bernstorff: Ja! — Dr. Singheimer: Sollte es ein Friede zugunsten der Entente sein? — Graf Bernstorff: Wilson sagte am 22. Januar, es solle ein Friede ohne Sieg erreicht werden. Ich habe es so verstanden, daß das bedeutet, Deutschland solle seine Weltstellung im vollen Umfange behalten. Ich hielt Wilson für einen ehrlichen Mäler. — Auf eine Anfrage erklärte Graf Bernstorff: Noch niemals ist von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden, worin uns auch nur die geringste Abtreibung deutschen Gebietes zugemutet worden wäre.

Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen. Sie merken am Donnerstag fortgesetzt.

## Deutsche Nationalversammlung.

(106. Sitzung.)

OB. Berlin, 22. Oktober.

Der heutige Tag war der Weiterberatung des Haus-halts des Reichsschatzministers gewidmet. Der Abg. Koch-Wesendorf (deutschnat. Vp.) trat für Sparmaßnahme ein, indem er auf eine ganze Reihe von Stellen hinwies, wo gespart werden könnte. Unter anderem erwähnte er, daß 22 Millionen für den Bau einer Wohnung für den Reichspräsidenten und 20 1/2 Millionen, die für den Neubau des Ministeriums des Innern aufgewendet werden sollen. Es seien so viel Schlösser vorhanden, daß man keine neuen Wohnungen für den Reichspräsidenten zu bauen brauche.

### Reichsbetriebe.

Hierauf gab der Generaldirektor des Reichsverwaltungsamtes, Wellich, Auskunft über die Reichsbetriebe. Unter anderem teilte er mit, daß die Betriebe jetzt noch nicht aus den Verlusten heraus sind. Sie sind belastet mit einer ganzen Reihe von Abschüssen, die mit Verlust an berechnen sind. Es handelt sich dabei um Aufträge, die in der Not und planlos angenommen worden sind. Weiter teilte der Generaldirektor mit, daß Bayern, Sachsen und Württemberg sich uns noch

nicht angeschlossen haben, wir aus reiner Einwirkung auf diese Staaten ausüben können. Da es sich um eine Umstellung von 50 Betrieben handle, stehe man vor einer sehr schwierigen Aufgabe.

Der Abg. March (Deutsche Sp.) kritisierte die Zustände in den Spandauer Betrieben, und geriet dabei mit den Mehrheitssozialisten in Konflikt. Man werde allerhand erfahren, wenn einmal die Rechte dazu übergebe, einen Austausch zu bilden, um die Maschinenfabriken zu unterhalten, die zur Revolution geführt haben. Es wäre seinerzeit besser gewesen, die Kanonen am Rhein statt nach dem Osten, nach dem Innern des Landes zu richten. (Unruhe links.)

Der Abg. Brühl (U. Sp.) nimmt die Arbeiterräte in Schutz, weil sie zuerst die Verschleuderung von Staatsvermögen verhindert hätten.

Nach einer Erwiderung des Ministerialdirektors Rant wurde die allgemeine Aussprache geschlossen und man trat in die Einzelberatung ein.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

**Das Betriebsrätegesetz.** Der Betriebsräteauschuss der Nationalversammlung beschaffte sich mit dem Artikel 21, der sich mit der Wahl des Betriebsrates befasst. Außerdem wird darin die Frage behandelt, ob die Betriebsratsfunktionen während der Arbeitszeit stattfinden sollen oder nicht. Es wurde folgende Bestimmung angenommen: „Die Sitzungen des Betriebsrates finden in der Regel und nach Möglichkeit außerhalb der Arbeitszeit statt. Sie sind öffentlich. Der Arbeitgeber nimmt an den Sitzungen, zu denen er eingeladen ist, oder die auf seinen Antrag anberaumt ist, teil. Ihm kann in diesen Sitzungen nach Vereinbarung der Vorsitz übertragen werden. Von Sitzungen, die während der Arbeitszeit stattfinden müssen, ist der Arbeitgeber zu benachrichtigen.“ Einen breiten Raum nahm die Beratung über Artikel 25 ein, der schließlich folgende Fassung erhielt: „Der Betriebsrat verwaltet sein Amt ehrenamtlich. Versäumnis der Arbeitszeit darf keine Kürzung des Lohnes nach sich ziehen. Die durch die Geschäftsführung entstehenden Kosten trägt der Arbeitgeber. Für Sitzungen sind geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Erhebung von Beiträgen für den Betriebsrat ist verboten.“

**Die Beziehungen zum Vatikan.** Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung beriet den Etat des auswärtigen Amtes weiter. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer empfahl die Einrichtung einer Botschaft beim Vatikan. Minister Müller erklärte, an der Unterhaltung guter Beziehungen zum päpstlichen Stuhl habe die Regierung das größte Interesse und werde in diesem Sinne handeln. Nach einer Meldung aus der Schweiz sei damit zu rechnen, daß bis Weihnachten der größte Teil der Gefangenen aus Frankreich zurückgeliefert werde.

**Die bayerischen Bischöfe und die Volksschule.** Ein Hirtenbrief der bayerischen Bischöfe bespricht die Absicht, wenn die Schulgesetzgebung weiterhin auf die religionslose staatliche Zwangsschule zusehere, katholische Privatschulen zu gründen, wie dies 1879 in Belgien geschehen sei. Elternrecht breche Schulrecht und Gewissensrecht breche Staatsrecht.

**Noske und der Vorwärts.** An die Redaktion des Vorwärts hat der Reichswehrminister folgende Zeilen gerichtet: „Im Vorwärts vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angezeigt, von der ich weit abricke. Wenn dort von „herauswerfen“ des einen und „im großen Bogen folgen“ des anderen gesprochen wird, so kann ich es nur verurteilen, wenn in einer derartigen Weise von Männern gesprochen wird, deren Auffassungen und Wege sich von meinen trennen, deren langjährige Friedens- und Kriegsdienste sie aber vor solchen Ausdrücken schützen mußten. Was den sachlichen Teil der Notiz anbelangt, so entscheidet der Reichspräsident nach Recht und Gesetz über die Verabschiedung von Offizieren.“ — Es handelt sich um die Generale Graf Waldersee und von der Goltz.

**In der preussischen Landesversammlung** hielt am Mittwoch der Landwirtschaftsminister Braun eine anderthalbstündige Rede, in der er u. a. sich bereit erklärte, seine beiden Erlasse vom 14. und 16. Juli an die Landwirtschaftskammern wegen der Regelung ihrer Beamtenverhältnisse nach der gutachtlichen Äußerung des Justizministers zurückzugeben. Im übrigen warf der Minister den Deutschnationalen vor, daß sie einen persönlichen Kampf mit Unwahrheiten gegen ihn führten. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ostpreußen lehnte er ab. Diese Provinz sei Überschussgebiet und müsse abgeben, wofür sie ja Kohlen erhalte.

**Eine Verschwörung im Elsaß.** Nach französischen Meldungen ist in Straßburg eine Verschwörung aufgedeckt worden, die auf die Neutralisierung Elsaß-Lothringens

gerichtet ist. Der Führer Köhler und zwei andere Verschwörer wurden verhaftet. Ein Gemeindeführer, ein früherer elsaß-lothringischer Abgeordneter und ein französischer Sozialist sollen in die Angelegenheit verwickelt sein.

**Internationaler Spartakismus.** In Wien wurde in der Wohnung des dortigen Kommunisten Dr. Friedländer der Schweizer Kommunist Paul Ruegg, der bei Friedländer unter falschem Namen wohnte, verhaftet. Aus den bei ihm beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß Ruegg von deutschen Spartakisten mit einem politischen Auftrag nach Wien geschickt worden war. Ruegg wollte sich von dort nach Rom begeben.

**Neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.** Der Ausschuss für Entwürfe unterbreitete dem Obersten Rat den Entwurf für ein Schreiben, in dem zum Zulassentritt des Völkerbundes in Paris unverzüglich nach der Ratifikation des Friedensvertrages aufgefordert wird. Der Rat fordert von allen Ausschüssen der Konferenz Berichte bis zum 23. Oktober darüber, welche Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages die Deutschen nicht erfüllt haben, um Maßnahmen zur Erzwingung ihrer Durchführung zu treffen.

### Deutsch-Osterreich.

**Die neue Staatsform.** Die Nationalversammlung beriet die Vorlage betreffend die Staatsform. Nach diesem Gesetz wird Deutsch-Osterreich gemäß dem St. Germainer Vertrag die Bezeichnung „Republik Osterreich“ tragen. Ferner wird die deutsche Staatsfrage umschrieben dem den sprachlichen Minderheiten eingeräumten Rechte festgelegt. Schließlich werden die Bestimmungen der Novemberverfassung und des Märzgesetzes, wonach Deutsch-Osterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist, aufgehoben. Gegen die Änderung des Namens „Deutsch-Osterreich“ sprach der Großdeutsche Bader, der auch den schmerzlichen Gefühlen der Großdeutschen über die ausdrückliche Festlegung der Auflösung der Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich Ausdruck gab.

### Aus In- und Ausland.

**Bosien.** In den nächsten Tagen wird der Ministerrat die Verfassung für das Bosener Gebiet festlegen. Das Bosener Gebiet soll in der Warschauer Regierung von zwei Ministern, in Bosien selbst von vier Sektionschefs geleitet werden.

**Paris.** Der Oberste Rat hat beschlossen, dem polnischen Heere militärische Ausrüstungsgegenstände zu übermitteln und zwar hauptsächlich aus französischen Vorräten.

### Noske über die neue Reichswehr.

Die Truppe muß unpolitisch sein!  
In einer Versammlung des Wirtschaftsverbandes der deutschen Berufssoldaten hielt Reichswehrminister Noske eine Rede, in der er betonte, daß die Reichswehr unpolitisch sein müsse und ferner bemerkte:

„Wir werden genötigt sein, uns in total veränderte Verhältnisse einzufügen und werden sehr viel Leidtragende zahlen müssen. Mit äußerstem Mithrasen aber werde ich zusehen, wenn Ihr Verband etwa die Reichswehr auf eine gemeinschaftliche Grundlage stellen will. Dann würden Sie mich als den entschlossensten Gegner finden. Die neue Reichswehr darf keine Gewerkschaft werden. Einen Unteroffizier, der mir auseinanderlegt, daß, wenn seine Wundke nicht in Erfüllung gehen, es eines Tages passieren könnte, daß, wenn Not am Mann sei, die Truppe Gewehr bei Fuß steht, kann ich nicht dulden. Wenn irgendwelche Bestrebungen darauf ausgehen, die Truppe zu solchem Instrument zu machen, dann bin ich der bitterste Feind und wehre mich mit Klauen und Zähnen. Die neue Truppe wird ein sehr kostspieliges Instrument. Aber so geht es nicht, daß sie einfach Gewehr bei Fuß steht, wenn es ihr paßt. Das wäre schandbarste Prätorianerwirtschaft, die ich auf keinen Fall dulden würde.“

### Schmachvolle Behandlung Mackensens.

Mit Regern aufeinandergerichtet!  
Über den Aufenthalt und die unglaubliche Behandlung des Generalfeldmarschalls v. Mackens werden halbamtlich folgende Mitteilungen gemacht:

„Der Marschall, der in kurzem sein 70. Lebensjahr vollendet, wird jetzt in Saloniki festgehalten, wo zu seiner Aufnahme das außerhalb der Stadt gelegene bisherige Generalkommando der Flieger dient. Man will von der Ankunft des Feldmarschalls erst zwei Tage vorher erfahren haben, die Einrichtung ist dementsprechend. Das ganze Territorium hat etwa 40 Meter Breite und 60 Meter Länge — auf ihm wohnen außer 48 Deutschen noch 50 Regier! Die Unruhe Tag und Nacht, die Hitze und schlechte Luft sind

unerträglich. Allein auf der ständigen Lagerstraße ist dem Marschall einige Bewegung möglich; auf der anderen Seite grenzt das Grundstück an das Meer; dieser Vorzug wird aber weitgemacht durch die Umgebung lärmender Fabriken. Man fürchtet, für die Gesundheit des Feldmarschalls, der unter den Eindrücken und Strapazen der jetzt einjährigen Internierung bei seinem hohen Alter schwer leidet, das Schlimmste. Dabei hat ihm ein französischer General mitgeteilt, daß er bis zur Ratifizierung des Friedens durch sämtliche Alliierten in Saloniki festgehalten bleibe.“

### Die Arbeiterschulungskonferenz in Washington.

Teilnahme von deutschen Delegierten.  
Wegen der Entsendung deutscher und österreichischer Delegierter zu der bevorstehenden Arbeiterschulungskonferenz in Washington haben sowohl von Regierungsseite wie von den Gewerkschaftsverbänden weitere Verhandlungen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es angängig, von der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der Frage der Beschickung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzuweichen. Dem deutschen Gewerkschaftsverband ist durch neutrale Vermittlung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zu der Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung in der ersten Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bestätigt worden. Die deutsche Regierung hat sich unter diesen Umständen in Übereinstimmung mit der Auffassung des deutschen Gewerkschaftsverbandes entschlossen, Delegierte nach Washington zu entsenden.

Außer zwei Regierungsvorstretern und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständiger angehören. Die Abreise wird voraussichtlich mit den österreichischen Delegierten nächster Tage erfolgen. Da der Beginn der Konferenz, der ursprünglich auf den 29. Oktober angelegt worden war, vorzeitig um einige Tage verschoben werden wird, steht zu erwarten, daß die deutschen und österreichischen Delegierten noch rechtzeitig zum Anfang der sachlichen Verhandlungen in Washington eintreffen werden.

### Soziales und Provinzielles.

Salver, den 24. Oktober.

**Tabakwaren aus Heeresbeständen.** Die gegenwärtig verfügbaren Bestände an Zigarren, Zigarillos, Zigaretten, Rauch- und Schnupftabak sollen uneigentlich den Verbraucherkreisen zugeführt werden. Bezugsberechtigt sind Kleinbändler (Spezialgeschäfte für Tabakwaren) die am 1. August 1914 ein eigenes Laden- oder Verkaufsgeschäft betrieben haben und noch betreiben. Für Kriegsteilnehmer oder deren Hinterbliebene gilt der Stichtag (1. August 1914) nicht, jedoch müssen sie ein Laden- oder Verkaufsgeschäft nachweislich bereits jetzt betreiben. Detailhändler, die Händler-Verbänden oder Vereinen angehören, erhalten die Formulare für die Bezugsmeldungen von ihren Verbänden direkt zugeandt. Die Verbänden nicht angehörenden Kleinbändler (nur diese) müssen die Vorbrücke für die Bezugsmeldungen bei der Wirtschaftsgemeinschaft, G. m. b. H., Hamburg, Brod 2, bis spätestens 28. Oktober einfordern. Die Abgabe der Bestände erfolgt durch diese Wirtschaftsgemeinschaft mit den Händlerverbänden des Tabakwarenhandels.

**Wichtig für Rentenempfänger.** Die Kriegsteilnehmer, die als Rentenempfänger zum Heeresdienst erneut einberufen worden sind und deren Versorgungsgebühren während der Zeit ihrer Wiederheranziehung bis zu 7/10 der bezogenen Löhnung geruht haben, stehen teilweise noch nicht im Genuß ihrer vollen Bezüge, weil das Regelungsverfahren erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. Es mehren sich daher die Besuche u. Anfragen wegen Zahlbarmachung der Versorgungsgebühren, die vielfach in unberechtigte Vorwürfe gegen die Pensionsregelungsbehörden ausarten. Um den Interessen der Empfänger entgegenzukommen, werden jetzt alle laufenden Versorgungsgebühren — soweit Anträge vorliegen — zahlbar gemacht und den Beteiligten Bescheide darüber zugestellt. — Die Berechnung der Gebührene für die rückliegende Zeit muß dabei demnächst ausgeglichen bleiben, da gerade diese Arbeit erhebliche Zeit beansprucht, weil teilweise überhöhte Beträge anzurechnen sind, teilweise auch bei den Zahlstellen (Kreis- und Post-

## Hallig Hooge.

Ein Nordsee-Roman. Von Anny Bothé.

(Nachdruck verboten.)

Amerikanisches Copyright 1917 by Deutsche Verlagsanstalt, in Stuttgart.

Britta hielt ordentlich den Atem an, um die schöne Schlafzimmertür zu betrachten. Aber je länger sie es tat, desto unruhiger und bedrückter wurde ihr ums Herz.

Jetzt seufzte die Schlafende leicht auf und hob schlaftrunken die langen Wimpern.

Verstört blickte sie einen Augenblick um sich, dann schloß sie schnell wieder die Augen.

„Wo bin ich?“ fragte sie dann leise.

Bei dem Schullehrer Dr. Erkel und seiner Schwester

Britta auf Hallig Hooge“, gab Britta Bescheid.

„Hallig Hooge“, wiederholte die Fremde und ein köstliches Lächeln stahl sich um ihre Lippen. „Da wollte ich hin“, fuhr sie gedankvoll fort, „aber der Schiffer, der mich von Westerland herüberbringen sollte, verstand seine Sache nicht. Das Boot kenterte in dem rasenden Sturm und wir beide fielen ins Meer. Seht, weiß ich es, ich glaube, der Schiffer ist tot.“

Die Frau schauerte fröstelnd zusammen.

„Es war furchtbar — ich meinte zu sterben“, fuhr sie leise in abgebrochenen Sätzen fort, „ich glaube nie mehr auf Hallig Hooge zu kommen — gab mich verloren — da packten mich berbe Hände und zogen mich in ein Boot — dann weiß ich nichts mehr.“

„Ja“, sagte Britta, „Herr von Thümen, der augenblicklich hier zu Gast, und Pitt Lüders, einer unserer Schiffer, die beide von der Kobbenjagd in der Sturmnacht zurückkehrten, haben Sie gerettet, gnädige Frau.“

Die Fremde richtete sich lebhaft empor und dabei sah sie aufmerksam das Mädchen in der schmalen Friesentracht an, das sie gnädige Frau nannte, eine Anrede, die doch sonst gewiß nicht auf Hallig Hooge üblich war.

„Holm von Thümen“, sagte sie dann leise, sich mit der Hand über die Wangen streichend, die sich jetzt lebhaft röteten. „Es ist mir fast, als hätte ich ihn einst gekannt.“

Ein seltsames Lächeln zitterte um den bläulichen Mund, und Britta konnte plötzlich vor diesem Lächeln

„Wie fühlen Sie sich, gnädige Frau?“ fragte Britta näher tretend. „Können Sie aufstehen? Da liegen meine Kleider, wenn Sie mit diesen fühlend nehmen wollen, bis die Schürzen trocken sind.“

Die Fremde nickte.

„Dant, gutes Mädchen, gleich will ich aufstehen; ich glaube, ich bin wieder ganz frisch“, lächelte sie, und dann sprang sie schnell aus dem Bett und begann sich anzuziehen.

„Nein, bleiben Sie“, wehrte sie, als Britta das Zimmer verlassen wollte, „ich möchte noch gern mit Ihnen plaudern. Sind Sie immer hier?“

„Ja, immer, ich führe meinem Bruder die Wirtschaft und verpflege meinen alten Großvater.“

„Das ist ja sehr hübsch“, antwortete die Fremde, aber Britta glaubte doch, ein leises spöttisches Lächeln, das ihr Unbehagen verursachte, in dem Antlitz der Frau wahrzunehmen.

„Waren Sie nie auf dem Festland?“

„Doch, gnädige Frau, ich habe ein Jahr lang ein Pensionat in Hamburg besucht.“

„Also doch etwas von der Kultur beiseit“, murmelte die Frau und laut sagte sie:

„Ich habe mir Hallig Hooge immer als völlig weltvergessen vorgestellt.“

„Das ist es auch, gnädige Frau. Von außen bringt kaum ein Ton zu uns und wir haben auch keine Sehnsucht danach“, schloß Britta trostlos, denn plötzlich flammte in ihrem Innern etwas Feindseliges aus gegen die Frau, die so eigen lächelte.

Die Fremde sah Britta einen Augenblick prüfend an, dann wandte sie sich wieder ihrem Anzug zu.

Wie zierlich sie sich jetzt das feuerrote Tuch mit den Seidenbändern um das dunkelhaarige Haupt wend. Britta wurde ganz rot, wie die Fremde das Besondere mit den Rosenranken nun über ihrer zarten Blässe zurecht machte. Britta hatte plötzlich das Gefühl, als dürfe sie die Kleider da, die jetzt die Fremde so selbstverständlich anzog, nie mehr tragen.

„Ich heiße Julia von Esse“, plauderte die Fremde. „Mein Mann starb plötzlich und unerwartet vor einem Jahre. In Westerland, wo ich zur Erholung weilte, hörte ich so viel von den Halligen, besonders von Hallig Hooge. Ich dachte es mir reizend, einmal hier einige Wochen ganz in der Stille

welkenfern von allem Wust da draußen — eine ärgerliche Handbewegung begleitete ihre Worte — „zu leben und hat den alten Schiffer Jens, mich nach ihrer Hallig herüberzuführen.“

„Sie hätten einen weniger stürmischen Tag zur Auswahl wählen sollen, gnädige Frau.“

Die blaue grün schimmernden Augen der Frau, sonst verdeckt von den langen Wimpern, funkelten fast böse auf, senkten sich aber sofort wieder.

„Ja, Jens meinte es auch“, gab sie zu, „aber ich sehnte mich so aus dem Getriebe des Babels. Im übrigen bin ich auch seefest, und das es so kommen würde, habe ich mit keinem Gedanken gedacht. Mein Koffer mit meinen Kleidern ist gewiß bei der Sturmflut auch verloren gegangen.“

„Schloß sie unmutig, „und es wird gewiß lange dauern, bis man meine übrigen Habseligkeiten von Westerland herüberschaffen kann.“

Britta schwieg einen Augenblick und dachte:

„Daß Jens, der Fischer, ihrerwegen sein Leben eingebüßt, scheint sie weiter nicht zu berühren, und hierbleiben will sie auch.“

„Es wird ganz vom Wetter abhängen, gnädige Frau“, antwortete Britta, und ob sich ein Fischer findet, der hierüber nach Eilt fährt. Die Halligleute haben wenig Zeit, und es sind ihrer wenige auf der Insel.“

Wieder lächelte Frau von Esse.

„Nun, liebes Kind“, ihr Ton war jetzt gönnerhaft, „es eilt nicht so. Ihre Kleider stehen mir ja, wie ich sehe, ganz lieblich.“

Sie warf einen befriedigten Blick auf den Spiegel.

„Gnädige Frau wollen also länger auf Hallig Hooge bleiben?“

Britta dachte bei dieser Frage etwas ängstlich der Meinung ihres Bruders, daß die Fremde nicht im Hause bleiben dürfe.

„Natürlich, liebes Kind, wenn es mir gefällt, vielleicht den ganzen Sommer. Ich möchte fischen und jagen und die Halligbewohner kennen lernen.“

„Die Halligleute sind wirksam und wenig zugänglich“, gab Britta zurück, „und die Hütten klein und beschränkt.“

„Das heißt mit anderen Worten, Fräulein Erkel, Sie hindern mir die Gastfreundschaft?“

(Fortsetzung folgt.)



Wohl Dir, Du hast genug gelitten,  
Nach langem ringen fandest Du,  
Nachdem Du schmerzvoll hast gestritten  
Im Schoß der Erde sanfte Ruh.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen,  
heute morgen um 2 1/2 Uhr unsere liebe,  
vergessliche Tochter, unsere gute, teure  
Schwester

## Klärchen

nach langem, schweren, mit grosser Geduld  
ertragenem Leiden im blühenden Alter von  
15 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Dies zeigen tiefbetrübt an mit der  
Bitte um stille Teilnahme:

**Familie Wilhelm Benger.**

**Vormbaum** und **Breckerfeld**, den  
23. Oktober 1919

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Okt.,  
nachmittags 12 1/2 Uhr vom Sterbehause aus statt.

## Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Das Reichsgesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 26. September 1919 überträgt die während des Krieges eingeführte Kriegswochenhilfe in erweiterter Form auf die Friedenszeit. Das Gesetz unterscheidet zwischen Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Anspruch auf Wochenhilfe haben die gegen Krankheit versicherten Wöchnerinnen und Versicherten für ihre Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder, sofern diese mit dem Versicherten die häusliche Gemeinschaft teilen. Wöchnerinnen, die in dem letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe

1. einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 50 Mk.
2. ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 Mk. täglich, einschl. der Sonn- und Feiertage für 10 Wochen, von denen mindestens 6 in der Zeit nach der Niederkunft fallen müssen.
3. eine Beihilfe bis zum Betrage von 25 Mk. für Hebammendienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden,
4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 75 Pfg. täglich, einschl. der Sonn- und Feiertage bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft.

Die Vorstände der Krankenkassen können beschließen, statt der baren Beihilfen nach Nr. 1 und 3 freie Behandlung durch Hebamme und Arzt sowie die erforderliche Arznei bei der Niederkunft und bei Schwangerschaftsbeschwerden zu gewähren.

Die Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder der Versicherten erhalten die gleichen Leistungen, wie die versicherten Wöchnerinnen doch beträgt hier das Wochenlohn nur 1,50 Mk. und das Stillgeld nur 75 Pfg. Die Gewährung von Sachleistungen ist auch hier zugelassen.

Die Kosten für die Wochenhilfe tragen die Krankenkassen, doch wird ihnen das Reich die Hälfte der Kosten erstatten.

Wochenfürsorge erhalten die minderbemittelten Wöchnerinnen, für die nach den vorstehenden Vorschriften kein Anspruch auf Wochenhilfe besteht, also Wöchnerinnen, die nicht selbst versichert sind, auch keinen versicherungspflichtigen Ernährer haben. Als minderbemittelt gilt:

1. eine verheiratete Wöchnerin, wenn ihres Ehemannes und ihr Gesamteinkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 2500 Mk. nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 250 Mk.
2. eine unverheiratete Wöchnerin, wenn ihr Gesamteinkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 2000 Mk. nicht überstiegen hat.

Die Leistungen der Wochenfürsorge werden den Krankenkassen durch das Reich erstattet.

Im Hinblick auf die erhebliche Steigerung der Ausgaben der Krankenkassen sind die Höchstgrenzen für die Bemessung der Beiträge geändert worden. Bisher durften bei Errichtung einer Krankenkasse zur Deckung der Regelleistungen nur Beiträge bis zur Höhe von 4 1/2 v. H. des Grundlohns festgesetzt werden; künftig dürfen sie 7 1/2 v. H. des Grundlohns ausmachen.

Die Anträge auf Wochenhilfe und Wochenfürsorge sind bei den Krankenkassen zu stellen.

Altena, den 18. Oktober 1919.

**Der Vorsitzende des Versicherungsamtes:**  
Thomee, Landrat.

## Arbeitsgemeinschaft mit der Provinzial-Lebensversicherung.

Anträge auf Versicherung bei der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt nehmen wir im Rassenraum entgegen.  
**Der Sparkassen-Vorstand.**

**Konsum-Verein**  
für Halver und Umgegend  
e. G. m. b. H.

## Zwiebeln

eingetroffen.

Die Mitglieder werden gebeten, die bestellten **Zwiebeln** möglichst s o f o r t in den Verkaufsstellen abzuholen.

Ferner haben wir einen kleinen Posten

## Speise-Oel

erhalten. Das Lt. kostet 20 Mk.

Der Vorstand.

## Freiw. Feuerwehr

Neuenhaus

Sonntag, den 26. ds. Mts.  
morgens 8 Uhr

## Uebung.

Um vollständiges Antreten  
bittet das Kommando.

Für unsere Kollerei suchen wir einen

## kräftigen Mann,

der möglichst im Rollen von Eisenteilen schon einige Erfahrung besitzt.

Metallwarenfabrik

**B. W. Saurand** e. G. m. b. H.  
Halver i. W.

## 2 Schleifer

und

## 2 Polierer

finden dauernde Beschäftigung.

**Märkisches Werk** e. G. m. b. H.,  
Halver, Haus Heide.

Für Lager und Expedition suchen wir zum baldigen Eintritt einen umsichtigen, energischen

## Packer

der in einem Eisenwaren-Großgeschäft möglichst gelernt hat oder als solcher tätig war.

Nur schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften u. Gehaltsforderung sind zu richten an

## Aluminiumwerke

**Gebr. Honsel,**  
Werder i. Westf.



## Bollmer Turnverein

Oberbrügge.

veranstaltet am Sonntag, den 26. Oktober 1919, 4 Uhr anfangend, im Vereinslokal des Wirts **Freig Wille** zu **Ehringhausen** ein

## Konzert

mit turnerischen und theatralischen Auf-  
führungen mit nachfolgendem

## Ball.

Eintrittspreise:

Konzert 2,00 Mark, Ball 2,00 Mark.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Mitgliedskarten sind an der Kasse einzulösen.

## Bekanntmachung.

In das Handelsregister A Nr. 641 ist heute bei der Firma **Wilhelm Eckmann** in Halver eingetragen: Der Fabrikant **Freig Eckmann** und der Kaufmann und Fabrikant **Karl Eckmann** beide in Halver sind als persönlich haftende Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat unter der unveränderten Firma **Wilhelm Eckmann** in Halver am 1. Okt. 1919 begonnen.  
Altena, den 10. Okt. 1919.  
Das Amtsgericht.

**Carl Eckmann**

**Auguste Eckmann**

geb. Leinung

Vermählte.

Halver

Oberbrügge

Oberbrügge, den 24. Oktober 1919.

**Carl Schroeder**

**Else Schroeder**

geb. Leinung

Vermählte.

Schroeders-Berweg Oberbrügge

## Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am  
**19. Dezember 1919, vormittags 10 Uhr**

an der Gerichtsstelle Zimmer Nr. 69 versteigert werden, das im Grundbuche von Halver, Band 3 Artikel 45 (eingetragener Eigentümer am 22. Mai 1919, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: **Wirt Ernst Suffer zu Schalksmühle**) eingetragene Grundstück Gemarkung Schalksmühle Kartenblatt 5 Parzelle 391/65, 4,92 ar groß. Grundsteuer Mutterrolle Art 93, Nutzungswert 800 Mk., Gebäudesteuerrolle Nr. 138 mit aufstehenden Gebäuden Schalksmühle, Halverstraße 35.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Altena, den 17. Oktober 1919.

Das Amtsgericht.



## Landwehr-Verein

Schalksmühle.

Am Samstag, den 25. Oktober, 8 Uhr  
abends findet in der Turnhalle zu Schalksmühle die

## Begrüßungs-Feier

zu Ehren der aus dem Felde und der Gefangenenschaft zurückgekehrten Kameraden statt.

Es wirken mit, das Wittener Städtische Orchester unter persönlicher Leitung des Herrn Musikdirektors **Hugo Fieqner**, der Männergesangsverein **Schalksmühle**, der Sängerbund „Eintracht“, **Schalksmühle** und die Gesangsabteilung des **Schalksmühler Turnvereins**.

Eintritt: 2,50 Mk.

Die Mitglieder der eingeladenen Vereine sind mit einer Dame frei.

Zurückgekehrte Kameraden können sich beim Eintritt als Mitglied des Vereins eintragen lassen.

Die Kameraden bitten wir, in Mäße zu erscheinen und die Ehrengelben anzulegen.

Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

**Landwehr-Verein Schalksmühle.**

## Bekanntmachung.

In das Handelsregister A Nr. 645 ist heute die offene Handelsgesellschaft **Bachhaus & Kobergin**, Oberbrügge eingetragen. Die Gesellschaft hat am 1. Okt. 1919 begonnen. Gesellschafter sind: 1. Kaufmann **Otto Bachhaus** in Loh bei Oberbrügge, 2. Elektromonteur **Karl Kobergin** in Schalksmühle.

Altena, den 10. Okt. 1919.

Das Amtsgericht.

## Bekanntmachung.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 607) und vom 4. November 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 728) der Bundesratsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 738) und der Verordnung des Reichsernährungsministers vom 4. September 1919 und meiner Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 23. September 1919 habe ich die Bildung besonderer Feststellungskommissionen angeordnet.

Ausgabe der Feststellungskommissionen soll es sein, die Herbstkartoffelernte zu ermitteln und auch eine Nachprüfung über etwa bei Versorgungsberechtigten schon lagernde Vorräte anzustellen, damit eine ordnungsmäßige und gleichmäßige, den Bestimmungen entsprechende Verteilung der Herbstkartoffeln durchgeführt werden kann. Außerdem sollen die Kommissionen zur Bekämpfung des Schleichhandels mit Kartoffeln herangezogen werden.

Die näheren Bestimmungen über die Bildung der Kommissionen, Zahl der Mitglieder und über die Durchführung der erforderlichen Ermittlungen werden von den Ortsbehörden getroffen.

Den Mitgliedern der Feststellungskommissionen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit die Befugnisse als Hilfsorgane der Polizeibehörde haben, ist das Betreten der Wirtschaftsräume, Stallungen, Kellerräume usw. zur Vornahme der nötigen Ermittlungen zu gestatten. Sie werden mit Ausweisen der Ortsbehörden versehen.

Altena, den 21. Oktober 1919.

**Der Vorsitzende des Kreisamtes Altena/Weßfalen:**  
Thomee, Landrat.